

# Volkszeitung

## Halle'sche Neueste Nachrichten, Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die Geschäfts-Verhältnisse sind seit dem 1. März 1922 im Vergleich mit dem 1. März 1921 im allgemeinen ungünstiger. Die Umsätze sind im Vergleich mit dem 1. März 1921 im allgemeinen um 10 bis 15 Prozent gesunken. Die Umsätze sind im Vergleich mit dem 1. März 1921 im allgemeinen um 10 bis 15 Prozent gesunken. Die Umsätze sind im Vergleich mit dem 1. März 1921 im allgemeinen um 10 bis 15 Prozent gesunken.

### Entscheidung Calonders am 20. März.

Amlich wird mitgeteilt:  
Der Vorsitzende der deutsch-polnischen Konferenz in Genf, Präsident Calonder, wird sich auf 5 Tage nach Montreux begeben. Am 11. März werden ihm die noch vorhandenen Streitpunkte, etwa 14 an der Zahl, formuliert und motiviert vorgelegt werden. Am 20. März wird Präsident Calonder in öffentlicher Sitzung seinen Schiedsspruch in den strittigen Fragen fällen. Danach begibt sich der deutsche Bevollmächtigte Minister Schiffer nach Berlin zurück. Das Redaktionskomitee wird indessen mit der Fixierung des endgültigen Vertragswortlauts nach mehrere Wochen in Genf zu tun haben.  
Zur Unterzeichnung des fertiggestellten Vertragswerks kehrt dann Minister Schiffer noch einmal nach Genf zurück.

### Die englische Presse zur Regierungskrise.

London, 6. März. Der Berichterstatter des Daily Telegraph schreibt, die Lage habe sich geändert. Einige der englischen politischen Freunde Lloyd George seien vor einigen Tagen der Ansicht gewesen, daß der Rücktritt des Premierministers unermesslich sei. Weiteren berichte jedoch in unrichtigen Kreisen der Eindruck, daß die Spannung etwas nachgelassen habe. Man sei augenblicklich der Ansicht, daß Lloyd George nicht zurücktreten werde. Wenn nicht in den nächsten 24 Stunden ein Rücktritt erfolgt, so sei es möglich, morgen eine Mitteilung über eine erfolgreiche Regelung veröffentlicht werde. Lloyd George habe die Absicht, wenn er im Amt bleiben sollte, unermesslich einen Urlaub anzutreten und die Zwischenzeit bis zum Wiedereintritt der Genueiser Konferenz zur Erholung auszunutzen. Er hoffe nach einem zweitägigen Erholungsurlaub gefahrlos zurückzukehren, um das Programm, das in Genuea erörtert werden soll, in Angriff zu nehmen.  
„Daily Chronicle“ bezeichnet die Lage noch als ernst. Ein Rücktritt sei im Falle der Genueiser Konferenz zu erwarten. Die Genueiser Konferenz werde am 11. März in Genuea eröffnet werden.  
Der Berichterstatter der „Morning Post“ schreibt, in ministeriellen Kreisen habe gestern Abend die Ansicht geherrscht, daß Lloyd George sich bereit erkläre, nach fünf Jahren im Amt zu bleiben und daß die Krise zum mindesten für den Augenblick vorüber sei. Man habe sich, welche weiteren Veränderungen Chamberlain vorzuziehlich noch habe geben können.  
Der politische Berichterstatter der „Westminster Gazette“ führt an, die politische Atmosphäre müsse als gespannt angesehen werden. Es handle sich um die Frage, ob Lloyd George dem Parlament werde zurücktreten geben könne, es sei verlangt. Es wird angenommen, daß Lloyd George zurücktreten werde, und daß auch seine Kollegen der liberalen Koalition mit ihm aus der Regierung austreten würden. Das werde die neue Regierung in eine unangenehme Lage bringen, denn es werde notwendig werden, neuen Kabinettsmitgliedern wieder zu befehlen und eine Anzahl Nacharbeiten vorzunehmen.

### Der britische Arbeiterführer Thomas

sprach am Sonntag in Birkenhead über die innere Lage. Er erklärte, er hoffe, daß die politische Krise unmittelbar zu allgemeinen Wahlen führen werde. Das Verbot, mehr als eine Regierung, die den Willen des Volkes widerspiegeln, Thomas wandle sich gegen die Klassenkampfs, indem er ausführte, nichts könne der Arbeiterpartei oder irgendeiner anderen Partei, die die Regierung bilden wolle, schädlicher sein, als zu erklären, daß ihre Politik zugunsten einer besonderen Bevölkerungsklasse gerichtet sei. Thomas fügte hinzu, die schwere Krise, die die Schiffbauindustrie bedroht, müsse die Regierung veranlassen, eine unparteiische Untersuchung der Lage vorzunehmen. Die Gewerkschaften seien mit einem solchen Vorgehen einverstanden.

### Die russische Frage in Genuea.

Frankreichs Haltung.

Der Bericht des französischen interministeriellen Ausschusses, der gemeinsam mit Vertretern von Industrie, Finanz und Handel das Programm für die Genueiser Konferenz unter Vorsitz des Ministerialdirektors Soubou aufgestellt hat, ist abgeschlossen. Nach dem „Matin“ bildete den Hauptgegenstand der Beratungen die russische Frage. Die französischen Sonderdelegierten verlangten von Russland keine vollständige Umgestaltung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse; sie seien vielmehr der Ansicht, daß ein System langfristiger Bausubträge für neue Konventionen bedeuten müsse. Eine vollständige Umgestaltung könne ohne die Landesbevölkerung in Erregung zu bringen. Außerdem solle kein System der Kapitalanlagen verlangt werden, sondern gemilderte Forderungen, zum Beispiel aus Italien und Australien. Was die praktische Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen betreffe, so glaubten die französischen Sonderdelegierten, man müsse sie praktisch und fortwährend gestalten und mit den Gegnern beginnen, von denen aus die Ausfuhr von Rohmaterialien sich mit den geringsten Kosten vollziehen könne. Man schlage hier eine halbe Abnahme vor, die zwischen der dortigen und kolonialen Ausbeutung Russlands, die die Engländer wollten, und der finanziellen und wirtschaftlichen Wiederverteilung, die Frankreich verwirklicht sehen möchte, liege.

### Die nach Genuea eingeladenen Staaten.

Auf Anfrage eines Abgeordneten teilte der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes Harnswoorth im englischen Unterhaus mit, daß folgende Staaten zur Teilnahme an der Konferenz von Genuea aufgefordert worden seien: Großbritannien und die britischen Dominien, Frankreich, Italien, Belgien, Japan, die Vereinigten Staaten, Deutschland, Rußland, Spanien, Portugal, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Schweiz, Estland, Litauen, Polen, Tschechoslowakei, Lettland, Österreich, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Griechenland, Bulgarien, Holland, Luxemburg und Albanien.

gen, Japan, die Vereinigten Staaten, Deutschland, Rußland, Spanien, Portugal, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Schweiz, Estland, Litauen, Polen, Tschechoslowakei, Lettland, Österreich, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Griechenland, Bulgarien, Holland, Luxemburg und Albanien.

### Neue Kampfpläne General Wrangels?

Nach Nachrichten aus Moskau herrscht ein lebhafter Verkehr zwischen Petljura, der sich jetzt unter fremdem Namen in Warschau aufhält, und Wrangel. Petljura verfügt über eine militärische Macht von 15 000 Mann; eine Abteilung davon befindet sich in Warschau. Der Stad ist in Larnow. Mitte Dezember sind 3000 Soldaten Wrangels nach Besarabien beordert worden. Der Stab Wrangels befindet sich in Sofia. Zu Anfang dieses Jahres soll ein Bündnis zwischen Petljura und Wrangel zustande gekommen sein. Die Vereinigten Streitkräfte sollen 50 000 Mann betragen.

### Die Amnestie-Frage vor dem Landtag.

108. Sitzung.

Berlin, den 6. März.

Zur gemeinschaftlichen Beratung kommen drei kommunistische Anträge, die aus Anlaß des Hungerstreiks in den Strafanstalten den Erlass einer Amnestie, die Unterstützung der Angehörigen der politischen Gefangenen und ferner die Rückforderung der an Spanien ausgelieferten Wäbder Daten verlangen. Der Antrag wird auch von der Fraktion der unabhängigen Sozialdemokraten unterstützt.  
Abg. Schumann-Galle (Komm.) begründet die Anträge auf Amnestie und Angehörigen-Rückforderung. Die Verfolgung der Verbrecher, die man gebühren habe, ist unzulässig, aber ihr Schicksal hat die Gefangenen zum Hungerstreik getrieben. Ungerechtfertigt würden die meisten Gefangenen nicht als politische Gefangenen, sondern als gemeine Verbrecher behandelt. Die Unabnahme seien ein Höhepunkt. Eventuell ist im günstigsten Falle Justizhausstrafe in Gefängnisstrafe umzuwandeln worden.  
Abg. Dr. Liebknecht (Komm.) beantragt, die Regierung möge den Beamten die Annahme der von der spanischen Regierung ausgehenden Weisungen für die Ermittlung der Wäbder verweigern.  
Schumann-Galle beantragt, die Regierung möge auf die einzelnen Beschwerden der Kommunisten ein, um sie als unbegründet zurückzuweisen. Die Amnestie sei Sache des Reiches, die Unterstützung der Angehörigen der Gefangenen Sache der Gemeinden.

Minister Geering betont, die Frage der Auslieferung der Spanier sei vom Reich entschieden worden. Die preussische Regierung habe lediglich die Ausführung im Sinne der internationalen Anträge erledigt. (Unruhe bei den Kommunisten.)  
Abg. Limbert (Z.) verliest eine Erklärung seiner Fraktion, die die Auslieferung an sich bedauert. Es ist aber festgestellt, daß die Reichsregierung nach Lage der internationalen Verträge nicht anders handeln konnte. (Plutusse bei den Kommunisten.) Die Forderung der Amnestie wäre nicht nötig, wenn in Deutschland noch eine gesellige sozialdemokratische Partei vorhanden wäre, und die verzerrte kommunistische Verheißung nicht sofort Opfer gefordert hätte. (Großer Lärm bei den Kommunisten.) Die Sozialdemokratische Fraktion wüßte eine allgemeine Amnestie gegen politischer Delikte.

Abg. von Lindeiner (Dn.) bedauert die Anträge und ihre Begründung, die das Ansehen der deutschen Reichspresse nur schädigen könnten. Aus den kommunistischen Anträgen spreche das böse Gewissen der Stappenspiegel des inneren Krieges, die das Elend der von ihnen verführten politischen Gefangenen verschuldet haben. Die Mehrheitssozialisten haben frühere Fälle politischer Verbrechen nicht nachsichtig beurteilt, als der heilige sozialdemokratische Reichspolitiker.  
Abg. Dr. Schmitt (Ztr.). Eine allgemeine Amnestie sei nicht wünschenswert, man könne doch nicht wünschen, daß die beiden Erzbergermörder straffrei bleiben, wenn sie gefaßt werden. Das Zentrum müsse die Anträge ablehnen.  
Abg. Heidenreich (D. V.) am 16. April hat Herr Schumann jede Gemeinschaft mit den mitteleuropäischen Verbrechern abgelehnt. (Lobhude Ruf der Abg. Schumann G. und Hoffmann, K.) Das läßt Sie ja! — Diepräsident Garnick ruft die beiden zur Ordnung. Die eigentlichen Schuldigen sind nicht gefaßt worden, sonst müßten Sie, Herr Schumann, anstelle der armen Kerle im Gefängnis sitzen! (Lärm bei den Kommunisten.) Sie beantragen die schlechte Vorlesung des Verordnungsgebotes für die Opfer der Schupo. Angehörigen der vielen Verbrecher, die damals begangen worden sind, können wir einer allgemeinen Amnestie nicht zustimmen.  
Abg. Dr. Riege (Dn.) nimmt zur Auslieferungfrage Stellung und hält die Auslieferung für berechtigt.  
Abg. Dr. Höpfer-Adloff (Dem.). Die Amnestie dürfte nicht zur Dauererleichterung werden. Der Redner schließt sich der Haltung des Reichsjustizministers in der Auslieferungsfage an und lehnt die Anträge ab.  
Abg. Schuppert (K.) richtet heftige Angriffe gegen die Sozialdemokraten.  
Die Weiterberatung wird nach 7 Uhr auf Dienstag 11 1/2 Uhr vertagt. Außerdem kleinere Vorlagen und Kulturstat.

### Politische Wochenschau.

Von C. Dellius, M. d. R.

Während in den letzten Wochen außenpolitisch nur die Frage Genuea mit all ihren Begleiterscheinungen eine große Rolle spielte, sind jetzt neue Probleme hinzugekommen, die zwar die Erörterung über Genuea nicht ausschalten, sie aber doch nicht mehr die öffentliche Meinung allein beherrschen erscheinen lassen. Jede, auch die oberste Frage verliert einmal an aktuellem Interesse, wenn sie zu lange im Kreis der Betrachtungen steht und wenn sie, wie in diesem Falle, schließlich nur noch ein Epiphänomen der politischen Aufregung bleibt. Die Engländer haben sich hier einmal wieder in den Hauptpunkten den Franzosen untergeben. Von ihren hochstehenden Plänen bleibt nicht allzuviel übrig, daß auch auf deutsche Optimisten eine Enttäuschung sein; diejenigen von uns, die sich gewöhnt haben, mit Realitäten zu rechnen, werden amerigin schon darin einen Erfolg sehen müssen, daß Deutschland als gleichberechtigter Faktor an den Verhandlungstisch gelassen wird. Und sollte es gar gelingen, grundlegende Arbeit in der Währungsfrage zu leisten, sowie sich erweist, so wird die Wiederherstellung Russlands zu beschäftigen, so wird die Konferenz trotz der Ausschaltung der Reparations- und Friedensvertragsfrage ein Erfolg sein. In unserer Not müssen wir jeden Lichtblick begrüßen.

Die Krise in England wird nicht ohne Einfluß bleiben. Eigentlich kam sie völlig überraschend. Es hat den Anschein, als ob jetzt das Kabinett Lloyd George weiter das Vertrauen behält. Die Engländer wären ja auf die politisch hochstehenden Menschen nicht mehr, wenn sie jetzt eine andere Politik treiben wollten. In keiner Staats wäre es möglich gewesen, bei der großen Verschiedenartigkeit der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse, zum einen Regierungskreislauf solange zusammenzubehalten. Das geschah zwar in der Zeit der höchsten Not, zeigte aber doch, daß die Briten alles unterordnen zum Wohle des Landes; die Regierung Lloyd George wird natürlich eines Tages zu Ende gehen müssen, wenn die großen Krisen- und die politischen Fragen in England zum Ausbruch kommen, und dann, nachdem die auswärtige Gefahr nicht mehr vorliegt, naturgemäß die verschiedenen Weltanschauungen wieder die innere Politik beherrschen. Ob dann Herr Balfour als Führer der Konservativen oder Herr Asquith der Liberale, das Steuer des Staates ergreift, hängt von der weiteren politischen Entwicklung ab. In absehbarer Zeit wird das Stimmungsbarometer durch die Neuwahlen bestimmt werden, die bei einem Verbleiben der jetzigen Regierung im Amt wohl noch um einige Monate hinausgeschoben werden.

In Frankreich beobachtet man naturgemäß die englische Entwicklung mit gespannter Aufmerksamkeit. Lloyd George genießt wegen seiner angeblichen Kadaverliebigkeit an Deutschland kein großes Vertrauen mehr. Einheiten Teil Frankreich seine Pläne bezüglich Genuea zum größten Teil fallen wird, noch Genuea zu gehen. Die kleine Entente hat ihm dabei erfolgreiche Dienste geleistet. Damit wird die Seite von den Franzosen kaum enten. Sie dient ihnen als eins der Mittel, um Deutschland in Schach zu erhalten. Für die wirtschaftlichen Krite dieser Staaten zeigt man in Paris wenig Verständnis. Die Revue in Piume rollt die ganze Adriafrage auf. Das Kabinett facta, was nach vielen Wahlen endlich in Italien zustande gekommen ist, wird einen schweren Stand haben, wenn es an den Verträgen entgegen der italienischen Volkstimung festhalten will.

Die kaiserliche Reise hervortragender, der hiesiger Persönlichkeit nach Berlin und der festlichen Empfang im Berliner Rathaus war kein nebensächliches Ereignis. Es wurde dokumentiert, daß in Holland stärker als in jedem anderen Lande man an dem Wiedereintritt Deutschlands interessiert ist und überdies weiter im Rahmen der freilich beschränkten Mittel Deutschland Hilfe leisten wird. Das ist immanch ein Lichtblick in dieser für uns sonst so trüben Zeit.

In der inneren Politik traten die Erörterungen über den Eisenbahnerstreik etwas zurück, wenngleich sie noch oft genug in die politischen Fragen hineinfallen werden. Jedenfalls haben die neuesten Veröffentlichungen gezeigt, mit welsch unerhörten Mitteln die Herren Menne und Gensollen gearbeitet haben. Inzwischen gewinnt auch bei dem am Streik beteiligten Teil der Beamten die ruhige Überlegung die Oberhand. Hier sollten die Herren Gensollen die Zeichen der Zeit verstehen lernen und den Streik aufs schärfste beurteilen, fordern auf der anderen Seite doch auch, daß eine vorläufige Politik in gehaltvoller und wirtschaftlicher Beziehung geübt werden wird. Die Uebertreibungen sind, wie sie jetzt eingeleitet sind, kann man nicht als in dieser Richtung liegend bezeichnen. Gewerkschaften, Regierung, Zentrum, Volkspartei und sozialdemokratische Parteien sehen darin ein ausgezeichnetes Mittel. Die von uns angeführte Sturmflut von Petitionen setzt bereits ein.

Das Reichsfeuergebot ist mit nicht unerheblicher Mehrheit im Reichstag zur Annahme gelangt. Wenn auch die Vorauslagen, die an die Annahme des Gesetzes geknüpft sind, letztlich im dem Umfang nicht eintraten wer-

den, so ist nicht zu verkennen, daß in dem Gesetze große Gefahren liegen. Hier wird ein Schritt in der Richtung der Kommunalisierung getan, dem bald weitere folgen können. Dies und der bürokratische Zug, der eine erhebliche Vermehrung der Beamten bringen wird, bestimmte mich, mit der großen Mehrheit meiner Freunde das Gesetz abzulehnen. Die Wohnungs- und Mietfragen werden in den kommenden Monaten weiter einen breiten Raum bei allen Erörterungen einnehmen. Es müssen endlich durchgreifende Schritte unternommen werden, um die Baukosten zu senken. Das weitere Verbleiben an den Preisen führt zu keiner vernünftigen Wohnungspolitik. Ohne große Preissteigerungen, die den einzelnen hart treffen werden, ist nichts zu machen. Man muß wählen, ob man billige Mieten und das Wohnungsproblem oder höhere Mieten und eine Gesundung der Wohnungsverhältnisse herbeiführen will. Freilich die Extremen auf Seite der Beteiligten — Hausbesitzer und Mieter — sollten ein Einsehen haben. Wie in der großen Politik muß auch hier die der mittleren Linie eingeschlagen werden.

Gegenüber der Staatsberatung, die jetzt im Reichstag stattfindet, wurde zum 10. und 11. Juli eine Besprechung, die Deutschland durch die Belastung geradezu ausgetrieben wird. 4000 Offizierswohnungen zu je 75000 Mk. und 3000 Unteroffizierswohnungen zu je 37500 Mk. Einrichtungsstellen müssen bereits gestellt werden. Mit Wägen und Gevätern treibt eine deutliche Seite des Soldateska auf Kosten des verarmten deutschen Volkes ein Schlemmer- und Praxerleben. Uns die Mittel zur Wohnungsmachung immer mehr schmälern. Wann wird in Frankreich die Vermehrung liegen?

Die Frage des Steuerkompromisses scheint gefestigt zu sein, wenn auch seitens der Volkspartei hier und da Durchbrechungen versucht werden, so will man doch anknüpfen an die Vereinbarungen festhalten. Man tut gut daran. Das Zieren hatte ja auch wenig Zweck. Die Demokraten haben kein derartiges Spiel getrieben. Sie halten ihre Versprechungen bis ins Kleinste und leisten sich keine Seitenprünge. Die Volkspartei haben ihre Unterdrückung dem Umhängegeleierte wieder zur Befreiung der Gewerkschaften am Donnerstag hergegeben. Nur die Demokraten haben erstickende Worte der Ablehnung. Jedenfalls muß so schnell als irgend möglich die Verabschiedung der Steuererlasse erfolgen, damit außerpolitisch die Lage geklärt und im Innern unsere Wirtschaft sich einstellen kann. Die rückwirkende Kraft zu befeitigen, ist uns Demokraten leider nicht gelungen.

Kom Führer der Deutschnationalen ist die Frage der Wahl des Reichspräsidenten angeknüpft worden. In den nächsten Tagen finden Besprechungen hierzu statt. Wenn in der Presse die Nachricht verbreitet wurde, daß die Demokraten der Wiederwahl Eberts zugestimmt hätten, so stimmt das nicht. Schließlich ist dazu noch keine Stellung genommen. Wenn Herr Ebert, der seine Geschäfte mit großem Takt und unerschütterlichem Geiste geführt hat, wieder kandidieren will, so wird für ihn jeder eine Mehrheit zustande kommen. Für die Demokraten liegt meines Erachtens nicht der geringste Grund vor, ihn nicht wieder zu wählen.

## Der Wiederaufbau der Nation

Im Hauptausfluß des Reichstages wurde am 4. März der Entwurf der Marineverwaltung bekräftigt. In der allgemeinen Aussprache wurden eine Reihe von Fällen angeführt, in denen Marineangehörige nicht dienliche Haltung eingenommen haben, die von den Offizieren und Soldaten der Republik erwartet werden muß. Die Vorfälle sind in ihren Einzelheiten noch nicht völlig geklärt, es scheint aber manche Unberechtigung unterlaufen zu sein.

Von allen Seiten wurde anerkannt, daß der Wiederaufbau der Reichsmarine auf einer völlig veränderten Grundlage äußerst schwierig sei. Man verstaute auch nicht, daß nach der eingetragenen allgemeinen Umordnung sich die Zustände in den letzten Jahren außerordentlich gebessert hätten. Minister Geiser erklärte, daß er nicht die Verantwortung für jeden einzelnen Mann tragen könne, sondern hauptsächlich nur für die von ihm vollzogenen Maßnahmen verantwortlich sei.

## Eurythmische Kunst.

Wainne in Stadttheater.

Steinerische Kunst im Stadttheater. . . Das 30. und 31. August am Sonntag vormittag ist recht gut besuchtes Haus. Wo man Steiners Anhänger zu suchen hat, lehrt das Verhältnis der männlichen zu den weiblichen Besuchern: auf jede fünfte Dame kam zwei ein Mann. . .

Was man unter Eurythmie versteht, werden unsere Leser schon aus einem Artikel wissen, den wir kürzlich veröffentlicht haben. Was darin gesagt ist, war auch im wesentlichen der Inhalt der einleitenden Worte, die Dr. Steiner den Darstellenden vorausschickte. Nur daß Steiner, der Schauspieler und Tänzer, dabei bald aus der Rolle fiel, eindringlich predigte und wirselnd Glauben beistete.

Die Aufführungen sollten die Probe auf das Exempel sein. . . Was man auch der Steinerischen Philosophie völlig abnehmend gegenübersehen, der von ihm propagierten, neuen Kunstrichtung kann man das nicht im gleichen Maße. . .

Altes, Cynisches ist es, was uns die eurythmische Kunst sagt, aber nicht die Form, in der, sind die Mittel, durch die sie es uns sagt — oder wenigstens sagen will. Denn noch sind wir durch die uns überkommenen Anschauungen von Regitation und Tanz so „verblübt“, daß den meisten von uns Auge und Ohr für die Kunst fehlt, daß wir keinen Sinn für sie haben. Und noch leiden unter dieser Verblüdung auch die Schüler des Goethebundes, die die Vertreter dieser Kunst sind. Über ihren Dilettantismus sei deshalb hinweggesehen.

Zu der Einzelberatung kam der Demokrat Helle die Kon- häufig erörterte Frage der Reichsjustiz an. Diese mußten aus der Reichsjustiz befreit oder zu Ministerbeamten gemacht werden. Helle bemängelte, daß sie, soweit sie Beamte geworden seien, nicht befreit werden würden. Wiederholt mußte er, wenn sie noch Beamte geblieben wären, Wiederholt mußte er, wenn sie noch Beamte geblieben wären, Wiederholt mußte er, wenn sie noch Beamte geblieben wären, . . .

## Die Zwangsanleihe.

Besprechungen des Reichsfinanzministers mit den Gewerkschaften.

Reichsfinanzminister Dr. Hermes hat am Donnerstag nachmittag die Gewerkschaftsvertreter zu einer vertraulichen Besprechung über die Zwangsanleihe eingeladen. Er hat für diese Besprechung, wie der parlamentarische Mitarbeiter der „Dena“ erzählt, den Gewerkschaftsvertretern einen Fragebogen überliefert, dessen wichtigste Fragen folgenmaßen lauten:

1. Welcher Vermögenssach soll den Maßstab für die Höhe der Beteiligung an der Zwangsanleihe bilden?
2. Soll der Vermögensstand vom 31. Dezember 1922 als Maßstab genommen werden?
3. Wie sollen die Sätze gestaffelt werden?
4. Welche Freigrenzen werden vorgeschlagen a) allgemein? b) für das keine Kapitalvermögen eine höhere Freigrenze eint. in Verbindung mit der Höhe des Einkommens?
5. Wann und wie sollen die Einzahlungen erfolgen?
6. Wird der Vermögensstand vom 31. Dezember 1922 zugrundegelegt, so kann die endgültige Festsetzung nicht vor Sommer 1923 erfolgen, denn früher kann auf die Veranlagung der Vermögenssteuer nicht geordnet werden. In diesem Falle wären Vorauszahlungen erforderlich. Wie können solche Vorauszahlungen entrichtet werden a) durch Gewährung eines Diskonts für die frühere Einzahlung? Welche Höhe könnte dieser Diskont haben? b) durch Zuschüsse, soweit Vorauszahlungen, bis zu einem bestimmten Tage des Jahres 1922 noch nicht erfolgt sind?
7. Würde, wenn die Anleihe nach dem Stande vom 31. 12. 1922 bemessen wird, Vorauszahlung auf Grund von Selbstversicherung, die jeder im Laufe des Jahres 1922 vorzunehmen hätte, erfolgen können?
8. Könnte die Notopferverordnung neben der Selbstversicherung auch Anwendung für die Grundzüge der Höhe der Vorzahlung benutzt werden? Sollen die Anleihe zur Verfügung stehen?
10. Die Anleihe soll drei Jahre zinsfrei sein. Welcher Zinsfuß soll vom vierten Jahre ab gewährt werden?
11. Wie hoch soll der Ausgabekurs sein?
12. Welcher Prozentsatz soll für die jährliche Amortisation angesetzt werden? Auf welche Weise soll die Amortisation erfolgen?
13. Mit welchem Prozentsatz des Börsenkurses soll die Anleihe begeben werden?

Wie die „Dena“ ergänzend hierzu hört, besteht in Gewerkschaftskreisen nicht durchweg eine Meinung, an der oben erwähnten Besprechung über die Zwangsanleihe sich zu beteiligen. Mehrere führende Gewerkschaftler sollen bereits die Ansicht betunden haben, der Sitzung mit dem Reichsfinanzminister Hermes fernzubleiben. In Gewerkschaftskreisen motiviert man diese Stellungnahme damit, „es leidet eigenartig, daß Dr. Hermes die Gewerkschaften zwar

zur prinzipiellen Seite des Drucks der Zwangsanleihe nicht beistimmt und gehört habe, aber nur die schärfste Durchführung derselben ihre Zustimmung mitwirkend erbitte. Der Minister wolle wohl auf diese Weise noch nachträglich die Gewerkschaften auf das Prinzip der Zwangsanleihe festlegen. Denn wenn diese sich erst einmal in bestimmter Weise an der Beratung der endgültigen Durchführung der Anleihe beteiligt hätten, könnte ihnen dies als grundtätliche Zustimmung zu der Maßnahme selbst leicht ausgelegt werden, weswegen man besser tue, der Besprechung fern zu bleiben.“

## Kapps Brief an den Oberreichsanwalt.

Wie unser Berliner Vertreter vom zuständigen Stelle erfährt, bestätigt es sich, daß Kapp an den Oberreichsanwalt in Leipzig ein Schreiben gerichtet hat. Das Schreiben ist Montag mittag in die Hände des Oberreichsanwalts Dr. Gbermayer gelangt. Das Reichsgericht hat naturgemäß bis zur Stunde zu diesem Schreiben noch nicht Stellung nehmen können.

## Die Wahlen zu den Versicherungsbehörden

Sollen durch einen neuen dem Reichstag zugehenden Gesetzgebung eine vorläufige Neuregelung finden, da die allgemeinen Neuwahlen, die infolge des Krieges und seiner Folgen lange Jahre hindurch unterblieben sind, nicht mehr länger hinausgeschoben werden können. Eine endgültige Ordnung kann naturgemäß erst erfolgen, wenn das gesamte Reichsversicherungswesen einmal neu aufgebaut sein wird. Wahrend für die Veränderungen, die auch nur provisorisch sein sollen, ist die Möglichkeit auf möglichst rasche Erfassung und Bereinigung des Verfahrens. Die Wahl zu den Versicherungsausschüssenmitgliedern bei den Versicherungsanstalten soll durch die Versicherten — Vorstandsmitglieder der Krankenkassen erfolgen. Die Versichertenmitglieder in den Ausschüssen der Versicherungsanstalten wählen dann die Versicherten-Beisitzer der Oberversicherungsämter, die nicht tätigen Versichertenmitglieder des Reichs (Landes-) Versicherungsamtes und die Versichertenvertreter für die Unfallversicherungen bei den gewerblichen und landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften. Die Arbeitgebermitglieder der Ausschüsse der Versicherungsanstalten sollen von den Berufsgenossenschaften oder Vertrauensauschüssen beschreiben und von der zuständigen Landratschaftlichen Berufsgenossenschaft gewählt werden. Sie wählen weiter die Arbeitgeber-Beisitzer der Oberversicherungsämter und die nichttätigen Arbeitgebernmitglieder des Reichs (Landes-) Versicherungsamtes. In letzterem Falle soll wie bei der Wahl der Versichertenvertreter Verhältniswahl eintreten. Die Wählbarkeit der Frauen wird ausdrücklich gestrichelt. Die Neuwahlen sind „alsbald vorzunehmen“, eine weitere allgemeine Neuwahl soll 1926 erfolgen.

## Die Zulassung von Frauen zum Schöffen- und Geschworenennamte.

Im Rechtsausschuß des Reichstages wurde über den nach unter dem Ministerium Schiffer ausgearbeiteten Regierungsentwurf über die Zulassung von Frauen zum Schöffen- und Geschworenennamte eine eingehende Beratung abgehalten. Abgesehen von den Verhandlungen gegen Frauen und Jugendliche beschließen, Angenommen wurde ein Antrag der Demokraten Frau Dr. Häders und Brodau, daß Frauen, die zwei und mehr nicht schulpflichtige Kinder haben oder glaubhaft machen, daß die ihnen obliegende Fürsorge für ihre Familie die Ausübung ihres Amtes in besonderer Maße erschwert, das Schöffen- oder Geschworenennamte nicht zu übernehmen brauchen. Damit ist das Gerichtsverfassungsgesetz grundsätzlich zugunsten der Frauen geändert. Die zweite Sitzung findet in der nächsten Woche statt.

## Sitzung des deutschen Einzelhandels.

Die 3. ordentliche Mitgliederversammlung der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels hat am 4. März in Berlin stattgefunden. In den Verhandlungen nahmen

werden den gestaltgeordneten Rhythmus und den Vortrag nicht als Einheit empfinden. . . Aber stets soll hinzugefügt werden: Noch nicht! Daß hier neue ästhetische Werte erschlossen werden können, steht außer Frage.

Die eine große Klippe, um die die Eurythmie verbleibt nie ganz herumkommen wird, ist der Tanz. Die Verwandtschaft eurythmischer und tänzerischer Darstellung macht dies erklärlich. Dabei auch der große Befehl, den Schubert „Auf dem Wasser zu singen“ fand. Man hat eben den Tanz fast ausgelassener Bewegungsentwürfen, ja es, ohne sich des Untergrundes bewußt zu werden.

Daß der Mensch doch so wenig aus seiner Haut heraus kann und stets an das Erdboden, an sein Milieu gebunden ist! Vielleicht ist aber auch die Verbindung des Tänzerischen mit dem Eurythmischen vorläufig die einzige Form, in der uns die neue Kunst schmackhaft gemacht werden kann. Und in den Darstellungen selbst, die auch noch nicht bis zum Zentrum des Neuen vordringen sind, gewöhnlich, daß sie schon wie etwas die Träger der Jahrtausendalten Schaulustigkeit das Letzte erreicht haben. . .

Ausstattung alles weltlichlich Mimischer und Pantomimischer, Gefühlschaft der einen großen, notwendigen Geschwindigkeit, die im Ablauf des Eintrucks zwangsmäßig vor sich geht, den die Welt auf den ganzen Menschen macht: das verlangt die eurythmische Kunst. . .

ihre schon den Todesstoß verleiht — nur ist nicht ersichtlich, ob aus innerer Notwendigkeit heraus oder um Konzeptionen an das rüchthritische Publikum zu machen.

Gegen einen Vorwurf gilt es, die Darsteller aufs energischste in Schutz zu nehmen, einen Vorwurf, der am Sonntag vormittag auf den Verhandlungen des Theaters laut wurde. . . Die Kritik anzulegen. Nichts ist ungerechter als dies. Wohl hat es einen Matrosen gegeben, für den jede Kugel — und mochte er sie zum hundertsten Male spielen — zum Erlebnis wurde; stand aber nicht gleichbedeutend neben ihm ein Kainz, der ganz Gehirn und ganz Gehirn die Rollen spielen muß auslegte? Matrosen und Kainz sind hier nur angeführt als Vertreter jener zwei Richtungen der Schauspielerei, die diese ebenso wie jede andere Kunst in zwei große, nie vereinbare Lager trennt. Und sind die Schüler des Dorotheischen Goethebundes etwa andere Menschen als die Schauspieler?

Soll die eurythmische Kunst sich als Kunst entfalten können, so muß sie heraus aus der anthropologisch begnügten Pflege des Goethebundes mit heraus aus philosophisch-wissenschaftlicher Atmosphäre, um auf dem Bildungsbereich der Welt den harten Kampf alles sich Entwickelnden durchzuführen. . .

## Anappertsbuch nach Stuttgart beraten.

Der Generalmusikdirektor des Anhaltischen Staatstheaters, Hans Anappertsbuch (der Hofkapellmeister von Franz Wüllers) hat einen Ruf nach Stuttgart als Generalmusikdirektor des Württembergischen Landesbetheaters erhalten.

„Jethen Geber“, einer der erfolgreichsten Romane des letzten Jahrzehnts, der dem Namen seines Dichters, Georg Hermann, die verdiente Anerkennung in den weitesten Kreisen brachte, ist toden in 100. Anfluge erkrankten. Die Jubiläum-Ausgabe in seiner Ausstattung (Dud auf Büttnerpapiere, Einband Halbleder) ist durch den Verlag der Werke Georg Hermanns, die Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart, zu besorgen.

Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums, des preussischen Landwirtschaftsministeriums und des Handelsministeriums, welche die Spitzenorganisationen nahe liegenden Wirtschaftskreises teil. Nach einer Begründungsrede des Reichswirtschaftsministers referierte Regierungsrat Wobke über Preisbildung und Preisbildungserordnung, Professor Jung über Einzelhandel und Preise, Janßen-Barmen über die Verfassung des einflussreichen Reichswirtschaftsrates und Begriffs- und Kartellbewegung im Einzelhandel.

## Deutsches Reich.

Am 3. März ließ sich der Tag, daß die Franzosen zur Annahme des Londoner Ultimatum Düsseldorf begehrt haben. Obwohl schon die Befragung der Präsidentenpflichtensverträge keine Stöße findet und das Londoner Ultimatum unterdessen angenommen ist, läßt nichts darauf schließen, daß eine Klärung beabsichtigt sei, alles deutet vielmehr darauf hin, daß sich die Franzosen in dem wiederholt otupierten Ständen häuslich einrichten.

Die Kommunisten in Theorie und Praxis. Bekanntlich gegen sich die Kommunisten im Reichstag für die unerlösten Forderungen ein. Namentlich auch, wenn es sich um die Beamtentage handelt. Obgleich sie grundsätzlich sich an den Ausführenden Verhandlungen nicht beteiligen, sehen sie doch jede Gelegenheit als erwünscht an, Neben zum Fenster hinaus zu fallen. In der Praxis verfahren sie allerdings anders. In Mainz, wo eine intrasidale Mehrheit die Stadtverordnetenversammlung befehligt, hat man beschlossen, den Bürgermeister, der in Gruppe 3 eingereiht wurde, nach Gruppe 6 zurückzuführen, den Kandidaten von Gruppe 7 nach Gruppe 5, den Stadtkämmerer von Gruppe 6 nach Gruppe 2, den Polizeiwachmeister von Gruppe 4 nach Gruppe 3. So kommt nicht nur in der Praxis das Wohlwollen der Kommunisten und der Einverständnis gegenüber den Beamten. Werden die Beamten aus diesem Vorgehen lernen?

Die Berliner Morgenzeitungen werden von jetzt an im Straßenhandel eine Karte kosten.

Kundgebung gegen das Reichsmietengesetz. Sonntag vormittag fand in Berlin im Lustgarten eine vom Zentralmieterversuchband veranstaltete Kundgebung gegen das Reichsmietengesetz statt. Die etwa 2000 Teilnehmer marschierten in geschlossenen Rängen heran. Es sprachen mehrere Redner. Die folgende Forderung aufstellten: Befreiung der Mieter von Miets und Zins und deren Umbau zu Wohnungen. Befreiung aller verwerflichen Räume zu Wohnzwecken, volle Kontrolle und Mietsmittlungsrecht der Mieterausschüsse, Wohnungsneubau durch die Gemeinden und Befreiung aller Mietsnotwendigen Grund und Bodens.

## Umsatzsteuer und Volkspartei.

Der in den letzten Tagen in der „Allgemeinen Zeitung“ gegen die Demotanten geführte Kampf in der Frage der Umsatzsteuer der Genossenschaften hat ja nachgerade große Formen angenommen. Es ist geradezu unglücklich, daß man die Lauscher abgibt, wenn man die Umsatzsteuer gegen sich noch ausdrücklich anbringen will. Zur Illustration der Stellung des Steueranspruchs am Donnerstag ein neuer Antrag eingebracht wurde, um die landwirtschaftlichen Genossenschaften von der Umsatzsteuer zu befreien. Der Antrag war wiederum unterzeichnet von zwei Mitgliedern der Deutschen Volkspartei. Charakteristisch war aber, daß diese beiden Abgeordneten für den Antrag eintraten, von dem dritten Mitglied der Ausschusses aber abgelehnt wurden. Man operiert eben nach zwei Seiten. Einmal ist die Mehrheit auf der einen Seite, während die Minderheit der Kommission, um den Schein zu wahren, die Antägte, die doch nicht die Parteilinie sind, bekämpft. Es ist kaum anzunehmen, daß die „Allgemeine Zeitung“ noch den Mut findet, die Haltung der Volkspartei zu verteidigen.

## Die Konkurrenz der Kriegsbefähigtenfürsorge.

In Anwesenheit des Bundesrats Schultze, Vorsitzender des schweizerischen volkswirtschaftlichen Departements, fand am Sonntagabend in Genéve die Schlußtagung der internationalen Konferenz über die Fürsorge der Kriegsbefähigten statt. Die Konferenz sprach den Wunsch aus, daß die Vergünstigungen bei ortsbefähigten Apparaten und sonstigen finanziellen Leistungen auch auf die nicht pensionierten Kriegsbefähigten gestreckt werden sollen. Weiter wurde empfohlen, den Gebrauch von minderwertigen Rohstoffen durch einzuschänken, daß die Kriegsbefähigten sich in der Wirtschaft nicht völlig freisetzen sollten, sondern ihren schmerzhaften Mut zur Seite gestellt wird. Entsch. wurde dringend gefordert, daß solange noch kein internationales Abkommen besteht, Verträge zwischen den einzelnen Staaten abgeschlossen werden sollen, damit den Kriegsbefähigten im Ausland ebenso wie in den heimischen Ländern alle Fürsorgeeinrichtungen offen stehen. Die Konferenz ersucht das internationale Arbeitsamt, die einzelnen Regierungen von den Befähigten zu verständigen.

In seiner Schlußrede stellte Albert Thomas die volle Einmütigkeit fest, die in allen Fragen zwischen den Teilnehmern ergiebt wurde, und sprach die Hoffnung aus, daß die Beratungen den Opfern des Krieges und der Arbeit wertvolleren Schutz als bisher sichern würden. Auch Bundesrat Schultze begrüßte die Beschlüsse der Konferenz zu dem günstigen Verlauf ihrer Arbeiten.

Die europäische Konferenz zur Bekämpfung der Epidemien in Ostropa wird, wie der Völkerverein mitteilt, am 20. März in Warschau zusammentreten.

## Auslands-Rundschau.

Wiener und „Wiener“. Für die Umschichtung der Wiener Bevölkerung ist eine statistische Feststellung interessant, bezugnehmend auf den ungefähr 2 100 000 Einwohner Wiens, die im Jahre 1910 gezählt worden waren und die bis zum Jahre 1914 auf 2 200 000 angewachsen waren, heute zum 1 300 000 in Wien leben. Von diesen leben in Wien lebenden Einwohnern sind aber nur mehr 700 000 in Wien geboren.

Dem englischen Vertreter in Washington, Balfour, ist der Forderungsbefehl erteilt worden. Der englische Staatsmann hat diese höchste britische Ordensauszeichnung wohl verdient, da es seiner Gefährlichkeit entsprach ist, die französische

ihnen Teiligen in Amerika zu durchstreuen und England durch eine Verdrängung mit den Vereinigten Staaten und Japan die Arme für seine Politik freizumachen.

Von den Nationalisten in England, die in den von der Ministerpräsidenten gebildet sind, sind hauptsächlich 65 Proz. eingegangen in den Gouvernements mit geringerer Ertragsfähigkeit 62 Proz., in Gibirien 75 Proz. und im Lausland 48 Proz.

## Gegen die Entschädigung der Deutschen in der Tschecho-Slowakei.

Etwa 20 Vereinigungen der Deutschen Volkspartei der tschechoslowakischen und deutschdemokratischen Partei protestierten am Sonntag in Berlin in einer Besetzung gegen die Entschädigung der Deutschen in der Tschecho-Slowakei. Namens der Deutschfreier Partei Bundesrat Verbaum-Bien von der Großdeutschen Partei. Nachdem noch Vertreter der reichsdeutschen Parteien gesprochen hatten, wurde eine Entschuldigungsanfrage, in der die Forderung des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen in der Tschecho-Slowakei gefordert und ihren Bestrebungen die vollste Anteilnahme der Berliner Bevölkerung ausgedrückt wird.

## Das sogenannte Pazifikabkommen

wird hauptsächlich von dem amerikanischen Senat nicht ratifiziert werden. Die Debatte über den Vertrag wird heute Dienstag im Senat fortgesetzt werden. Wenn die Regierung nicht zweiwöchentliche Vorbehalte annimmt, wird die notwendige Zweidrittelmehrheit nicht zu Stande kommen.

## Das Krachen im polnischen Gebälk.

Die feierlich eingeleitete Einverleibung Wilnas hat wie schon kurz berichtet, logischerweise über den polnischen Krach heraufbeschworen, deren Ursache und Ziele noch nicht völlig durchsichtig sind. Aber daß der Ministerpräsident Komitowski sofort die Gesamtsession des Kabinetts überreicht hat, das deutet darauf hin, daß die Ursachen sehr schwerer Natur sein müssen.

Die Form des Raubes von Wilna nicht ganz zurecht. Dieser Antrag ist offenbar von den Nationalisten zu sehr heftigen Verfassungen gegen den Präsidenten der polnischen Republik, Herrn Pilsudski benutzt worden. Es ist ja eine alte Erfahrung, daß die nationalpolitischen Heißsporne für ein Land ebenso schädlich sind, wie Kommunisten oder sonstige Einverleibler. Herr Pilsudski ist zwar ein früherer Sozialist, aber er hatte sich völlig dem nationalpolitischen Terror gebeugt. War er doch sogar bereit, den Raub von Wilna in seiner ganzen völkerverwundlichen Form gut zu heißen. Welt aber die Wilnaer Polen noch so etwas wie eine gewisse Selbstverwirklichung beanspruchen, lassen die Nationalisten jede Rücksicht gegen den Staatschef lassen und entsagen dem Ministerpräsidenten des Vertrauens. Dazu scheint aber ein Protest der Entente notwendig zu sein. Die Einverleibung Wilnas bedeutete zu unsäglich die höchste moralische Herausforderung der Entente und des Völkerverbundes, die man sich vorstellen kann. Nun scheint die Kriegserklärung der polnischen Nationalisten an Pilsudski und der Ententeiprotell gegen den Raub von Wilna zeitlich zusammengefallen zu sein. Der Ministerpräsident sah sich dieser Doppelbelastung seines Kabinetts nicht gewachsen. Sein Rücktritt bedeutet eine empfindliche Erschütterung des polnischen Staates, wenn man auch annehmen darf, daß die Nationalkomiteen jetzt die Kräfte heben werden wollen, um die Entente zu zwingen, den Raub von Wilna doch noch gut zu heißen.

## Aus aller Welt

### D-Zug Banditen.

Der Hamburger Polizei gelang es, eine D-Zugbande, die von Berlin, Hannover, Bremen und Kiel und zahlreichen anderen Städten sowie vom Auslande aus seit langer Zeit verfolgt wurde, zu entlarven. Schon seit einigen Tagen hatten die Beamten der Kriminalpolizei die Spur dieser Diebesbande, die es hauptsächlich auf die Reisefreier der wohlhabenden D-Zugpassagiere abgesehen hatten, verfolgt. Wie die Ganner eines Teil ihrer zuletzt gemachten Beute an den Mann bringen wollten, wurde die Polizei benachrichtigt. Die Diebe, es waren 3 Personen, ergriffen die Flucht, als sie die Polizei kommen sahen. Den mehrfachen Aufforderungen, stehen zu bleiben, leisteten sie keine Folge, worauf die Beamten mehrere Schrotschüsse auf die Fliehenden abgaben. Die Polizeibeamten mußten infolge des starken Widerstands, der auf dem Bahnhof herrschte, auf das Publikum Rücksicht nehmen. So gelang es einem der Diebe zu entkommen, während seine zwei Helfershelfer ergriffen werden konnten.

Es handelt sich um den Handlungsgehilfen Konstantin Brusius und den Maler Arnold Rüdger. Man hat bei ihnen u. a. viele D-Zugfahrkarten für Berlin, Hannover, Bremen, Köln usw. gefunden. Sie führen niemals bis zur Endstation, sondern verlassen den Zug, sobald sie genügend wertvolles Gepäck ergriffen hatten.

Ein Diebstahl hat den kleinen Hagenort Ortsteil zwischen Weira und Lullinane verwüstet. Soweit bisher bekannt, sind fünf Eurodör und dreißig Einschreibene um Leben gekommen.

Schwerer Einbruch. In der Nacht auf den Sonntag wurde die tschechische Schloßstraße in Rastatt von Einbrechern heimgesucht, die den kostbaren Reliquienkammern mit den Gebeinen des heiligen Theodor und der heiligen Theodora raubten. Auf der Abendmahlstafel befanden sich etwa 150 Silbergeschätze. Von den Tieren fehlt bisher jede Spur.

Klosterbrand in Reichelsbach. Das im 12. Jahrhundert vom Erzbischof Konrad I begründete und 1803 angegebene Augustiner Kloster und letzte Wäldererbauungsinstitut St. Jena, in dem Klosterfrauen wohnen, wurde von einem schweren Großfeuer heimgesucht. Es gelang den Feuerwehren, das angebaute Kloster, ein romanisches Bauwerk mit großen Kunstschätzen, zu retten; jedoch räumten die Wälder mehrere großen Schäden an. Ein halber Hektar des Klosters ist dem Feuer zum Opfer gefallen.

Folgen eines Familienfehdes. In Vermuthsbahn (Koolescheg) erkrankte sich eine Frau mit ihren beiden unehelichen Kindern infolge eines Familienfehdes.

Verurteilung. In Steinfelsen bei Krummhölz erregte eine Verurteilung großes Aufsehen. In einer dortigen Dornen waren drei Personen an Grabschmähung. Die Dausfrau machte von einem Witzma-See, den sie schon längere Zeit an

besaß hatte, einen Aufbruch und ließ ihn den Erben zu trinken. Bei allen dreien machte sich noch ganz kurze Zeit später Verurteilung bemerkbar. Die Verurteilung wurde sofort abgelehnt und die Frau gelassen. Die Verurteilung wurde bei der Unterdrückung freigegeben, daß der Tod mit Entschädigung und Mitleidanteilen, also mit zwei sehr gefährlichen Folgen, bestraft war. Die Bestrafung des Todes hat sich noch nicht feststellen lassen.

Knabenraub. Auf die eines Knaben. Gestern vormittag wurde die 12 Jahre alte Frau Helene Ebmte in ihrer Wohnung im Hause Bernauer in Berlin von einem kleinen Sohn, dem wohnungslernen 22 Jahre alten Arbeiter Walter Lehmann, dem ebenfalls wohnungslernen 24 Jahre alten Tischler Albrecht Dohler überfallen in der Straße, sie zu berauben. Dohler warf der Frau Ebmte ein Tuch über den Kopf und verführte sie zu Boden zu werfen. Der Verurteilung gelang es aber, das Fenster zu erreichen, wo sie laut um Hilfe rief. Eine gefährliche vorübergehende Streife der Kriminalpolizei erlöste die Treppen hinauf und nahm die beiden Täter fest. Sie wurden zur nächsten Wache und dann nach dem Polizeirevier zurückgebracht.

Erfolgreicher Diebstahl. Der Kaiser der Tschechoslowakei in Sofia, David Atlas, hat 3 Millionen Ruma entwendet und ist geflohen. Die Bank hat ein Kapital von 12 Millionen.

Nach einer langen vergeblichen Jagd durch ganz Europa gelang es in Hamburg, den Griechen Stamatis S. H. zu ergreifen, der einen großen Erbschaft unter dem Vergehen, daß er Schiffbrüchigen und dem Verstorbenen Schiffsbesitzern verfallen sollte, in London rund um 12 Millionen Mark bezogen hat. Das war im Jahre 1919. Seitdem war man dem Betrüger stets auf der Spur, aber erst in Hamburg, wo er nach Amerika flüchten wollte, konnte seine Festnahme erfolgen. In seinem Beutel waren noch 85 000 Mark, wahrscheinlich hält er jedoch noch größere Summen verborgen.

Ein viererziger Diebstahl. In einem kleinen. Der ehemalige viererziger Diebstahl Diebstahl, der seit dem Aufbruch in Berlin bei einer Bankgesellschaft in Hirschberg verhaftet ist, zeigte abends mit seinem Vater Peter Brand und dessen achtzehnjähriger Tochter Ella Brand nach Hause zurück. Während die Diebstahl von fünf Männern überfallen. Einer der Anstreiter verurteilte ihn, indem er durch einen Verurteilung, dann ergriffen alle die Flucht. Die Verurteilung handelt, sind die Verurteilung der Tat gänzlich unangefasst, zumal Stefan ein sehr zurückgekommenes Leben führte und seine Verurteilung einen Nachsatz für sehr unwahrscheinlich halten.

Milionschwindel. Bei der Hamburger Kriminalpolizei ergriffen die 29 Jahre alte Helene Lange in Begleitung ihres Mannes und viererziger Angeheer, daß sie von einem gewissen Mann nur durch zwei Millionen Mark verurteilt sei. Die Angehörigen gaben an, daß sie vor etwa anderthalb Jahren den Mann kennen gelernt habe und mit diesem in geschäftliche Beziehungen getreten sei. Er, der angeblich viel Geld mit einem Zunderband verdienen wollte, benötigte zum Einkauf sehr große Summen, die sie, die Frau U., durch Geldleihen beschaffen konnte. Mannte selbst hat damals nie mit dem Geldgebern der Frau U. in Verbindung getreten, sondern sie habe über die entlehnten Beträge Quittung gefordert und die Beträge dem M. ohne Quittung weitergegeben. In der ersten Zeit dieser Geldschätze soll Mannte die entlehnten Geldbeträge pünktlich und mit hohen Zinsen wieder zurückgezahlt haben, doch nun sei er, nachdem die Schuldbücher bereits den Betrag von 1 750 000 Mark erreicht hätte, seit dem 29. Februar verurteilt worden. Die Angehörigen nahmen nun an, daß die Frau U. sich einverstanden hat, die Angehörigen zu lassen. Der Polizei kam es jedoch eigenartig vor, daß die Angehörigen den angeblichen M. nicht näher befragen konnte, auch nicht in der Lage war, die Wohnung des angeblichen M. anzusehen. Diefelbald wurde die Frau U. in ein strenges Verbot unterworfen, wobei sie sich protokollierend in Widerspruch verurteilte. Die Angehörigen sollte, machte der Beamte, die Angehörigen nicht merksam, daß sie nicht, falls die Angehörigen nicht auf Wahrheit beruhen, strafbar machte. Nun sprach die Frau in Tränen aus und gab an, daß der Mann ihrer vorher gemachten Aussage auf Wahrheit beruhe, der angebliche Mannte jedoch bereits seit Ende August vorigen Jahres, jedoch nur mit der Summe von 25 000 Mark, verurteilt worden sei. Da sie für diese Summe den Geldgeber dankbar war, jedoch kein eigenes Geld habe, um die Schulden zu bezahlen, nahm sie neue Schulden auf, um die alten zu bezahlen. Dabei wurden ihr von den Geldgebern Zinsen zwischen 20 und 35 Proz. abgenommen, so daß sie jetzt allmählich annähernd zwei Millionen Mark Schulden zu begleichen habe. Sie ist der Ansicht, daß sie der Geldgeber nicht schuldig fühlen können, da diese durch die hohen Zinsen rechtlich entschuldigend sein dürften. Einen besonderen Verdacht auf sie angestellt nicht, um den fehlenden Geldbetrag, für sich höchstens den Betrag von 75 000 Mark, verurteilt gehabt. Da sich die Polizei über die Angehörigen noch kein klares Bild machen kann und erst umfangreiche Untersuchungen eingeleitet werden müssen, wurde die Frau U. in Haft genommen.

Ein Straßenbahnfahrer 80 Kronen. Der Straßenbahnfahrer in Wien wird einmündig auf 80 Kronen für eine Fahrt von Mitte dieses Monats an erhöht. Bisher betrug der Fahrpreis 60 Kronen.

Verderbte Jugend. Ein 16jähriger Handelskäufer in Münster erkrankte die beiden 12 und 14 Jahre alten Kinder des Geschäftsführers Bischoff-Wolff, die in Münster eine höhere Schule besuchten, unter dem Vorzeichen, ihr Vater sei verunglückt, nach dem Heranziehen bei Boden. Hier handelte es sich um Fäulnis und Fäulnis und ließ sie liegen, wo sie abends aufgefunden wurden. Der Junge Mannte wurde in Haft genommen und gab an, viele Detektivromane gelesen zu haben. Unter deren Einfluß habe er die Entführung und Fesselung ins Werk gesetzt, um bei dem Vater eine Erpressung zu verüben!

Genium, Verlag und Druck: Seiler-Verlags-Gesellschaft m. b. H. Halle a. S., Scheidestr. 1. Gegen Brückenmann, Verurteilung: Für Politik und Volkswirtschaft gegen Brückenmann, die die Verurteilung: Martin Reuchhammer; für den lokalen und allgemeinen Teil: Dr. Karl Veer; für Sport: Curt Graf; für den Schloßherrn: August Klauke. Für den Angehörigen verantwortlich: Karl Reinke, sämtlich in Halle.



# Theater in Halle.

**Stadt-Theater**  
Dienstag, den 7. März  
Abd. 7<sup>1/2</sup>, Ed. 10 Uhr  
**Im weißen Rössl**  
Luftspiel von Blumenthal u. Kadelburg  
Mittwoch  
Nichtöffentl. Vorstellung.

**Operetten-Theater**  
Allabendlich 7<sup>1/2</sup> Uhr:  
**Der Traum vom Glück**  
Operette v. S.A. v. Knepp  
Pfeifer - Willi Schnur.  
Kasse ab 1/10. Tel. 6183.  
ununterbrochen geöffnet

**Auswärtige Theater**  
Mittwoch, d. 8. März

**Leipzig Neues Theater**  
7<sup>1/2</sup> Uoska  
Altes Theater  
8 Casar u. Ceopala  
Neues Operetten-Theater  
8 Ihre Hobeil - die die Theateria

**Magdeburg Stadt-Theater**  
8 Don Carlos  
Wilhelm-Theater  
7<sup>1/2</sup> Der keusche Lebemann

**Erfurt Stadt-Theater**  
7<sup>1/2</sup> Die Zaubertöpfe

**Weimar Deutsches National-Theater**  
7<sup>1/2</sup> Louis Ferdinand, Prinz von Preußen

**Musikeropfertag**  
Sonntag, 12. März, vorm. 11 Uhr im Stadttheater, auf Wunsch wiederholt  
**Sinfoniekonzert**  
Über 100 Mitwirkende, Leitung Hans Sieber.  
Aus der Spielfolge: Meisterlangervorspiel, Beethoven 7. Sinfonie, Herforth Valeria-Vorspiel, Krieger Hymnus für 2 Celli.  
Karten 15-3 Mark an der Theaterkasse.

**Hervorragende Bürofedern**  
  
**BRAUSE & CO ISERLOHN**

**Die Gartenlaube**  
in ihrer neuen Gestalt.  
Wer die „Gartenlaube“ jetzt ansieht, wird eine völlige innere Umordnung erstellen können. Mehr als je hat sie Anspruch darauf, das Blatt des deutschen Hauses zu sein, umso mehr, als sie Helferin im Aufbau eines neuen deutschen Lebens sein will. Neue Mitarbeiter haben ihre Arbeit in den Dienst des erneuten Geistes gestellt, in dem es erneutes Deutschland sich aufbauen soll. Dem schlichtesten Sinne soll die Zeitschrift immer nahe bleiben, den anspruchsvollsten soll sie dennoch genügen. Gerade jetzt und in den kommenden Jahren wird eine gute Familienzeitschrift, die ganz auf der Höhe ernsthafter literarischer und künstlerischer Ansprüche steht, mehr als je ein Bedürfnis sein.  
Die „Gartenlaube“ ist dieses Blatt.  
Probenummern liefert der Verlag Leipzig, Königsr., 33.

**RAUCHER SPAREN GELD**  
wenn dieselben meine Rauch-Tabake direkt ab Fabrik beziehen.  
Versende franko einsch. Verpackung gegen Nachnahme:  
8 Pfd. 240 M. 8 Pfd. 280 M. 8 Pfd. 320 M. 8 Pfd. 400 M.  
in erstklassiger reiner Qualität, auf Wunsch in den einzelnen Sorten sortiert.  
Tabakfabrik: W. Hoffer, Düsseldorf 394, Friedrichstr. 103-112

# American Line.

Regelmässige Passagier- und Frachtdampfer

## Hamburg-New York

Passagierdampfer:  
„Minnekahda“ . . . . . 25. März  
„Haverford“ . . . . . 8. April  
„Manchuria“ . . . . . 15. April  
„Minnekahda“ . . . . . 29. April  
„Mongolia“ . . . . . 13. Mai  
„Manchuria“ . . . . . 20. Mai

Passagiere benötigen vorgeschriebene Ausweispapere.  
Frachtdampfer  
**Hamburg-Baltimore**  
**Hamburg-Boston**  
**Hamburg-Philadelphia** usw.  
Auskunft erteilen:  
**American Line, HAMBURG, HAMBURG, BÖRSENBRÜCKE 2.**  
Telegramme: Nacirema Hamburg. Fernsprecher: Merkur 2891, 2892, 2893.

Die millionenfach bewährte  
**Öl-Wachs-Schuhkrem**  
**Diamantine**  
in bester Friedensqualität wieder erhältlich.  
Man verlange Dosen mit eingelegetem Zettel: „Friedensware“  
Hersteller: Rud. Starcke Mele.H.

**HIND-SÄSE**  
bewährt bei  
FLECHTEN/HAUTLEIDEN/ÖFFENEN FOSSEN  
ALTEN WUNDEN/AUSSCHLAGEN/FROSTSCHADEN  
RICH. SCHUBERT & CO. G.M.B.H.  
Wien, Wollzeile 10, Wien  
H. & F. Steinbach,  
Königsplatz 69 i. Thür.

**Haben Sie das Rechte?**  
Lind Sie zu.  
Frieden mit Throm  
Feint? Wenn nicht,  
probieren Sie  
einmal  
**Capita Lora Crème**  
Tüte 9.- u. 12.- Töpfe extra stark parfümiert.  
Hersteller Dr. JO. MAYER, Wiesbaden.

**Mit Freuden**  
Ihre Sendung erhalten und bin erstatte über die sehr gute Qualität,  
schreibt mir Herr A. L. aus Frankfurt  
Auch Sie sind zufrieden! — Sie sparen auch viel Geld beim Bezug direkt aus der Fabrik.  
Grobschnitt p. Pfd. 23, 25, 28 Mk. in 100 Gramm-  
Päckchen, 26, 29, 33, 1 od. 1 Pfd. Paket  
Cigare tentabak Nazarschnitt p. Pfd. 78 u. 95 Mk.  
in 50 u. 100 u. 200 u. 400 u. 800 u. 1600 u. 3200  
Pfd. halbes Porto, von 6 Pfd. an franko alle mit  
freier Verpackung. Auf Wunsch Preis-  
liste gratis u. franko. Preisänderung vorbehalten.  
Emil Köller, Bruchsal Nr. 498 (Baden)

**Schalische Telephonzellen**  
„Bro. o. Triump“  
haben innen und außen glatte Holz-  
wendungen ohne Polster mit einer  
seit 15 Jahren bewährten  
Spezial-Isolierverfahren  
Genz erstklassige Ausführung, kurze  
Lieferzeiten, billige Fabrikpreise,  
ausführliche Prospekte gratis.  
M. Brockhaus & Co., Berlin-Schöneberg

**Geschlechtsleiden**  
und ihre Behandlung durch unschädliche lang-  
erprobte Kräuterkurven ohne Einspritzung und  
ohne Berührung bei frischen und veralteten  
Leiden. Ausführl. Broschüre mit Anweisung zur  
Selbstbehandlung und vielen Dankschr. versendet  
diskret gegen Mk. 5.  
Dr. M.A. Raueter, med. Verlag, Hannover, Odeonstr. 3

**Holz Häuser und Baracken**  
Spremberg 10  
Holzhauswerke Richard Mittag Tel. Nr. 26 u. 8  
Vertr. Helmut Kirsten, Halle a. d. S.

# Die GÄRUNGS-INDUSTRIE

Central-Anzeiger u. Fachzeitschrift  
für die gesamte Brenner-,  
Presshefen-, Spiritus- u.  
Trocknungsindustrie  
9. Jahrgang  
**HALE a. d. SAALE**  
Betriebsgebäude: Gr. Drauhausstrasse 17  
Führendes Fachblatt u. Werbeorgan  
für die Brenner-, Presshefen-,  
Spiritus- und Trocknungsindustrie.  
Verbreitung an garantiert 6000  
in- und ausländisch Firmen der  
beteiligten Industrie.  
Bezugspreis M. 9.— vierteljährlich  
Anzeigenpreis M. 1.— für die Spaltenzeile  
(40 mm breit) Millimeterzeile  
Probe-Nummern kostenfrei.

**MAX BORN**  
Halle a. S. Gr. Brauhausstr. 14  
Kornmühlstr. 14  
Spezialität: Jugenddekoration  
Vorarbeiten Dekorationen  
Bekanntes Polstermöbel  
Preiswerte Möbel

**Sprengen von Baumstüben**  
schafft  
**Brennholz und Ackerland.**  
Kostenlose Druckchriften u. jede Auskunft v. der  
Dresdner Dynamitfabrik A.-G. Dresden.  
Läger und Sprengmeister weisen wir nach.

**Möbel-Fabrik**  
**Vereinigter Tischlermeister**  
Halle a. Saale  
Fernsprecher 6642 Kleine Steinstraße 6  
empfehlen  
**Herren-, Speise- u. Schlaf-  
Zimmer — Küchen**  
in großer Auswahl preiswert. V2094

**Zentralheizungen**  
aller Systeme wie.  
Warmwasserheizungen, Dampf- u. Luftheizungen,  
Warmwasserbereitungs-, Bade- u. Lüftungsanlagen,  
Dampfkoch-, Dampfwasch- und Desinfektionsanlagen,  
Fernheizungen: Abwärmeverwertung.  
**Dicker & Werneburg, G. m. b. H.,**  
HALE a. S. — Fernruf 6031 u. 5739.  
Älteste Hallische Zentralheizungsfirmen. — Beste Referenzen.

**Hygiopon**  
das elektrolytische Eisenpräparat  
Man beachte die nächsten Inserate!  
**VERTRETER GESUCHT.**  
Solche, die bei Apotheken und Drogen-Hand-  
lungen gut eingeführt sind, bevorzugt.  
**Hygiopon m. b. H., Berlin SW 48 Friedrichstr. 2.**

**PERSONEN-UND LASTKRAFTWAGEN MOTORPFLÜGE**

# STOEWER

**UNERREICHT IN AUSFÜHRUNG, LEISTUNG U. KONSTRUKTION**

**Generalvertreter: Roland G. m. b. H., Auto- u. Elektrowerkstätten, Halle a. S., Liebenauerstraße 70 — Fernsprecher Nr. 5413 u. 5414.**

**Solenträger**  
1.20 BHK.  
an  
Sehr große Auswahl  
11. Schöne Nachl.  
Gr. Steinlt. 84  
**Reins Druckschreib-  
Bücher**  
Edward Reins, Chemnitz.  
Reins Farbpapier